

ZfP-Mitarbeiter streiken – Das sind ihre Forderungen

Rund 70 Mitarbeitende und Pflegekräfte trafen sich in Bad Schussenried – Weitere Streiks könnten folgen

Von Stefanie Rauh

BAD SCHUSSENRIED - Mit wehenden Fahnen, gelben Westen und Hygienemasken haben mehr als 70 Mitarbeitende des Zentrums für Psychiatrie (ZfP) am Mittwoch die Arbeit niedergelegt, um auf ihre schwierigen Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen. Den Warnstreik organisierte die Gewerkschaft Verdi.

Verdi fordert in der laufenden Tarifrunde für Beschäftigte der Länder eine Lohnerhöhung um fünf Prozent und mindestens 150 Euro monatlich. Beschäftigte in Kliniken sollen monatlich 300 Euro mehr bekommen, Auszubildende 100 Euro. Bisher hat die Tarifkommission laut Verdi kein Angebot vorgelegt.

Am Mittag haben sich die Streikenden für eine Kundgebung vor dem Gustav-Mesmer-Haus auf Gelände des ZfP getroffen. Die Versorgung von Patienten des ZfP war in dieser Zeit durch eine Notdienstvereinbarung sichergestellt.

„Wir müssen Druck machen. Die zweite Verhandlungsrunde war ergebnislos“, sagte Benjamin Andelfinger, Verdi-Gewerkschaftssekretär in seiner Rede. Am Wochenende treffen sich die Verantwortlichen laut Andelfinger zur dritten und letzten geplanten Verhandlungsrunde. „Ich hab da noch kein gutes Gefühl, und ihr?“, fragte der Gewerkschaftssekretär in die Runde. „Nee“, antwortete die Menge.

Im Verdi-Bezirk Ulm-Oberschwaben arbeiten circa 7000 Tarifbeschäftigte in Verwaltungen, Krankenhäusern, Hochschulen und 2000 Beamte



Die Streikenden trafen sich auf dem Gelände des ZfP.

FOTO: STEFANIE RAUH

bei den Kommunen. Beim Streik trafen sich unter anderem Beschäftigte aus Wäschereien und hauswirtschaftlichen Bereichen, Technikberufen, Gärtnereien, Werkstätten, Verwaltungskräfte und Pflegekräfte.

Im ZfP sei der Arbeitsalltag aktuell eine große Herausforderung, betonte Sonja Denzel, Vorsitzende des Personalrats in Bad Schussenried: „Die Lücken im Personal werden immer größer, die Überstunden steigen. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben im Moment keine Perspektive, um runterzukommen.“

„Ich möchte euch in euren Forderungen nach einer besseren und gerechteren Bezahlung unterstützen“, sagte Hermine Burger, katholische Betriebsseelsorgerin in Biberach. „Manche im medizinischen Bereich haben 500, 600 Überstunden in einem Jahr“, so die Seelsorgerin. „Ihr habt euch entschieden, einen Beruf im Gesundheitswesen zu ergreifen, weil ihr Menschen helfen wollt, und das wird gna-

denlos von der Politik ausgenutzt.“

„Gerade die Landeseinrichtungen im Gesundheitswesen haben große Probleme, qualifiziertes Personal zu finden. Und solange die Entgelte unterhalb der vergleichbaren Berufe in den kommunalen Kliniken liegen, wird sich das Problem noch verschärfen“, so Maria Winkler, Geschäftsführerin des Verdi-Bezirks Ulm-Oberschwaben, in einer Pressemitteilung.

Wenn sich nach den Verhandlungen nichts ändert, könnte das laut Andelfinger weitere Streikwellen auslösen. „Im schlimmsten Fall könnte es zum Durchsetzungsstreik kommen. Das wäre natürlich ein Unding in der Pandemie“, sagte Andelfinger. Ein Durchsetzungsstreik ist zeitlich nicht befristet. „Wir vom ZfP möchten die Menschen da, wo sie wohnen, an verschiedenen Standorten bestens versorgen. Aber das wird, wenn es so weiter geht, nicht mehr haltbar sein. Ohne Personal gibt es auch kein ZfP“, sagte die Personalratsvorsitzende.